

Corporate Governance Bericht

Nach Ziffer 6 des Public Corporate Governance Kodex des Bundes und Ziffer 3.10 des Deutschen Corporate Governance Kodex

Berichterstatteerin: Charlotte Sieben

0. Einleitung

Die Bundesregierung hat am 1. Juli 2009 Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung im Bereich des Bundes verabschiedet. Ein Teil der Grundsätze wird im Teil A – im Public Corporate Governance Kodex des Bundes (PCGK) – zusammengefasst. Hier werden insbesondere wesentliche Bestimmungen geltenden Rechts zur Leitung und Überwachung von Unternehmen sowie international und national anerkannte Standards guter und vertrauensvoller Unternehmensführung angeführt.

Da der Bund Alleingeschafterin der Kulturveranstaltungen des Bundes in Berlin (KBB) GmbH ist, wendet die KBB den PCGK entsprechend an. Die Verpflichtung zur Anwendung des PCGK wurde in der Geschäftsordnung des Aufsichtsrates vom 13.07.2010 und der Geschäftsanweisung für die Geschäftsführung vom 13.07.2010 entsprechend verankert.

Demnach hat der Aufsichtsrat gemeinsam mit der Geschäftsführung jährlich über die Corporate Governance der KBB zu berichten. Das geschieht im nachfolgenden Corporate Governance Bericht erstmalig für das Geschäftsjahr 2010.

1. Unternehmensordnung

Die Unternehmensordnung der KBB ergibt sich aus dem Gesetz, dem Gesellschaftsvertrag, der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat, der Geschäftsanweisung für die Geschäftsführung und der Geschäftsordnung für die KBB.

Die Geschäftsordnung des Aufsichtsrates (Kapitel III) und die Geschäftsanweisung für die Geschäftsführung (Punkt XI) verpflichten die Unternehmensorgane zur Beachtung des Public Corporate Governance Kodex des Bundes.

2. Führungs- und Kontrollstruktur

2.1. Gesellschafterversammlung

Die Bundesrepublik Deutschland ist Alleingeschafterin und stellt die Gesellschafterversammlung. Sie ist damit für alle Angelegenheiten zuständig, die nicht einem anderen Unternehmensorgan durch Gesetz oder Gesellschaftsvertrag zur ausschließlichen Zuständigkeit überwiesen sind (§ 11 Gesellschaftsvertrag). Sie wird durch den Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) vertreten.

2.2. Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus 12 Mitgliedern. Die Bundesrepublik Deutschland als Gesellschafterin entsendet ein Drittel der Mitglieder, unter denen sich jeweils ein/e Angehörige/r des für kulturelle Angelegenheiten zuständigen Bundesressorts sowie der Abteilung für auswärtige Kultur- und Bildungspolitik des Auswärtigen Amtes zu befinden haben. Ein weiteres Drittel der Mitglieder wird auf Vorschlag des für Kultur zuständigen Mitglieds des Senates des Landes Berlin von der Gesellschafterversammlung bestellt. Darunter hat sich mindestens ein/e Angehörige/r der für die kulturellen Angelegenheiten zuständigen Senatsverwaltung zu befinden. Die übrigen Mitglieder werden auf Vorschlag der bereits bestellten bzw. entsandten Mitglieder des Aufsichtsrats von der Gesellschafterversammlung bestellt. Sie bringen die entsprechende fachliche Kompetenz für die Geschäftsbereiche einschließlich des Martin-Gropius-Baus in den Aufsichtsrat ein.

Der Aufsichtsratsvorsitzende ist ein vom für kulturelle Angelegenheiten zuständigen Ressort des Bundes entsendetes Mitglied – seit 2005 Kulturstaatsminister Bernd Neumann - und wird von der Gesellschafterversammlung bestellt.

2.3. Geschäftsführung

Die Gesellschaft hat vier Geschäftsführer, je einen für die Geschäftsbereiche Berliner Festspiele mit Martin-Gropius-Bau, Haus der Kulturen der Welt und Internationale Filmfestspiele Berlin sowie eine gemeinsame Kaufmännische Geschäftsführerin. Die Geschäftsführer sind gleichberechtigt und tragen für die gesamte Geschäftsführung gemeinschaftlich die Verantwortung, auch wenn einzelnen Mitgliedern bestimmte Aufgabenbereiche zugewiesen sind.

Die Geschäftsführer nehmen die Geschäfte der Gesellschaft mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns wahr und vertreten sie durch mindestens zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich nach außen. Bestimmte in den Gesellschaftsdokumenten definierte Geschäfte bedürfen der vorherigen Zustimmung und des Beschlusses des Aufsichtsrates bzw. der Gesellschafterversammlung. Die Geschäftsführer haben den Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle für die Gesellschaft relevanten Fragen zu informieren.

2.4. Zusammenarbeit von Gesellschaftern, Geschäftsführung und Aufsichtsrat

Die Gesellschafter, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat arbeiten bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben vertrauensvoll und zum Wohle der Gesellschaft eng zusammen.

Geschäfte und Entscheidungen von grundlegender Bedeutung stehen unter dem Zustimmungsvorbehalt des Aufsichtsrates. Die Geschäftsführung stellt eine regelmäßige, zeitnahe und umfassende Informationsversorgung der Gesellschafter und des Aufsichtsrates über alle für die Gesellschaft relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, des Risikomanagements und der Compliance sowie über für die Gesellschaft bedeutende Veränderungen des wirtschaftlichen Umfeldes sicher. Zudem geht sie auf Abweichungen des Geschäftsverlaufs von den aufgestellten Plänen und Zielen unter Angabe von Gründen ein.

3. Rechnungslegung und Abschlussprüfung

Die Gesellschaft ist gemäß § 267 HGB eine mittelgroße Kapitalgesellschaft. Für die Aufstellung und Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes sind die Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften anzuwenden. Die Prüfung wurde nach § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) auch um die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung sowie die Prüfung nach Abschnitt III der Anlage zur VV Nr. 2 zu § 68 BHO erweitert. Für den Jahresabschluss 2009 wurde von der Wirtschafts-

prüfungsgesellschaft Rödl & Partner GmbH am 19. Mai 2010 ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt.

4. Vergütung

4.1. Vergütung der Geschäftsführung

Während des abgelaufenen Geschäftsjahres 2010 wurden die Geschäfte der Gesellschaft durch die vier Geschäftsführer Herr Dieter Kosslick, Herr Dr. Joachim Sartorius, Herr Dr. Bernd M. Scherer und Frau Charlotte Sieben (seit dem 01.03.2010) geführt. Die Bezüge der Mitglieder der Geschäftsführung betragen insgesamt 648.230,77 Euro.

4.2. Vergütung des Aufsichtsrates

Im Geschäftsjahr 2010 erhielt der Aufsichtsrat keine Vergütung.

5. Anteil von Frauen im Aufsichtsrat

Im Geschäftsjahr 2010 gehörten dem zwölfköpfigen Aufsichtsratsgremium insgesamt drei Frauen an, was einem prozentualen Anteil von 25% entspricht.

6. Entsprechenserklärung nach Ziffer 6 des Public Corporate Governance Kodex des Bundes

Die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat der Kulturveranstaltungen des Bundes in Berlin (KBB) GmbH erklären, dass den Empfehlungen des Public Corporate Governance Kodex des Bundes in der Fassung vom 30. Juni 2009 im Geschäftsjahr 2010 grundsätzlich entsprochen wurde und zukünftig entsprochen wird. Die folgenden Abweichungen beruhen auf unternehmensspezifischen Besonderheiten – insbesondere der besonderen Gesellschaftsstruktur.

I. Abweichungen von den gesetzlichen Vorgaben des PCGK

Die KBB trägt den gesetzlichen Vorgaben des PCGK vollumfänglich Rechnung.

II. Abweichungen von den Empfehlungen des PCGK

Vergütung (Ziffer 4.3.2)

Die Abweichung bezieht sich auf die Empfehlung der Berechnung einer möglichen Abfindungszahlung an die Geschäftsführungsmitglieder. Diese soll nach dem PCGK auf die Gesamtvergütung des abgelaufenen Geschäftsjahres und gegebenenfalls auf die voraussichtliche Gesamtvergütung für das laufende Geschäftsjahr abstellen. In der KBB entscheidet der Aufsichtsrat über die Höhe der Abfindung, wobei die im PCGK angeführte Verfahrensweise berücksichtigt wird. Daher wird die Abweichung als unkritisch eingeschätzt.

Aufgaben und Zuständigkeiten des Aufsichtsrates (Ziffer 5.1.2)

Die Empfehlung zur Bestellung der Geschäftsführungsmitglieder stellt darauf ab, dass dem Aufsichtsrat diese Aufgabe obliegt. Da in der KBB die Geschäftsführungsmitglieder aber von der Gesellschafterversammlung bestellt werden, kann dieser Empfehlung nicht nachgekommen werden (§ 9 Geschäftsordnung des Aufsichtsrats).

Der Empfehlung zur Erst- und Wiederbestellung von Mitgliedern der Geschäftsführung (Ziffer 5.1.2 Satz 2-3) wurde im ersten Halbjahr 2010 in einem Fall nicht entsprochen. Die Überschreitung der Erstbestelldauer ist darauf zurückzuführen, dass kein Bewerber für eine dreijährige Anstellung gefunden werden konnte und eine längerfristige Bestellung dem Ziel der kontinuierlichen strategischen Arbeit der KBB entgegenkommt. Die Regelung wurde mit der im Juli 2010 vorgenommen verbindlichen Einführung des PCGK in die Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat entsprechend aufgenommen.

Eine Altersgrenze für ein Ausscheiden der Mitglieder der Geschäftsführung besteht nicht und soll zukünftig auch nicht eingeführt werden (Ziffer 5.1.2 Satz 4). Da bei der Bestellung der Geschäftsführungsmitglieder immer auf die Eigenschaften und Fähigkeiten der jeweiligen Person abgestellt wird und die Bestellung befristet erfolgt, wird eine grundsätzliche Regelung in Form der Festlegung einer Altersgrenze für das Ausscheiden aus der Geschäftsführung als nicht notwendig erachtet.

Einrichtung eines Prüfungsausschusses (Ziffer 5.1.7)

Ein Prüfungsausschuss zu Fragen der Rechnungslegung und des Risikomanagements, der erforderlichen Unabhängigkeit der Abschlussprüferin/des Abschlussprüfers, der Erteilung des Prüfungsauftrages an die Abschlussprüferin/den Abschlussprüfer, der Bestimmung von Prüfungsschwerpunkten und der Honorarvereinbarung wurde für diesen Zweck vom Aufsichtsrat nicht eingerichtet. Die Bildung eines solchen Ausschusses ist abhängig von der Anzahl seiner Mitglieder und den spezifischen wirtschaftlichen Gegebenheiten des Unternehmens. Bei der KBB handelt es sich um einen zu 100% vom Bund geförderten Zuwendungsempfänger, wodurch die institutionelle Zuwendung ungefähr 50% der Gesamtkosten der KBB deckt. Demnach bestehen keine so herausgehobenen wirtschaftlichen Risiken, die die Einführung eines solchen Prüfungsausschusses erfordern, so dass die Abweichung von der Empfehlung des PCGK als unkritisch eingeschätzt wird.

Zusammensetzung des Aufsichtsrates (Ziffer 5.2.1)

Bei der KBB wird der Empfehlung nicht entsprochen, dass vom Bund entsandte Mitglieder des Aufsichtsrates nicht mehr als drei Mandate in Aufsichtsräten innehaben sollen (Ziffer 5.2.1 Satz 2). Durch die regelmäßigen Vorbereitungssitzungen und die gesonderte Besprechung relevanter Sachverhalte (z. B. Wirtschaftsprüferbericht) im Vorfeld der Aufsichtsratsitzungen sind jedoch die Informationsversorgung und eine gute Vorbereitung der vom Bund entsandten Mitglieder des Aufsichtsrates zur umfänglichen Erfassung der Sachverhalte sichergestellt. Daher wird diese Abweichung als unkritisch eingeschätzt.

Eine angemessene Altersgrenze für Mitglieder des Aufsichtsrates wurde nicht eingeführt, da bei der Bestellung der Aufsichtsratsmitglieder auf die persönliche und fachliche Eignung abgestellt und die Bestellung nicht unbefristet ausgesprochen wird (Ziffer 5.2.2). Eine grundsätzliche Regelung in Form der Festlegung einer Altersgrenze für das Ausscheiden aus dem Aufsichtsrat wird deshalb als nicht notwendig erachtet.

Transparenz, Vergütung für die Mitglieder der Geschäftsführung (Ziffer 6.2.1)

Der Empfehlung, die Gesamtvergütung jedes einzelnen Mitglieds der Geschäftsführung im Public Corporate Governance Bericht darzustellen, könnte nur teilweise nachgekommen werden, da nur drei der vier Geschäftsführungsmitglieder in ihrem Vertrag der Offenlegung vertraglich zugestimmt haben. Die Interessen des vierten Mitgliedes würden jedoch verletzt werden, wenn zusätzlich zu den Gesamtbezügen die Gehälter der übrigen drei Geschäfts-

führer offengelegt werden würden. Von der Schutzklausel des § 286 Abs. 4 HGB wird Gebrauch gemacht. Daher erfolgt nur eine Veröffentlichung der Gesamtvergütung der Geschäftsführung.

Abschlussprüfung (Ziffer 7.2.3)

Die Empfehlung den Abschlussprüfer zur Jahresabschlussprüfung 2010 zusätzlich mit der Prüfung der abgegebenen Entsprechenserklärung zu beauftragen und den Aufsichtsrat über festgestellte Unrichtigkeiten zu informieren (Ziffer 7.2.3 Satz 2 PCGK) wurde nicht erfüllt. Die Entsprechenserklärung ist gemeinschaftlich von der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat abzugeben, so dass den Wirtschaftsprüfern dann eine Prüfung im Rahmen ihrer Jahresabschlussprüfung möglich ist. Da die erstmalige Abgabe der Entsprechenserklärung aber erst in der Aufsichtsratssitzung am 20. Juni 2011 für das Geschäftsjahr 2010 erfolgt, war eine Prüfung auf Unrichtigkeiten durch die Wirtschaftsprüfer zeitlich nicht möglich. Ab dem Geschäftsjahr 2010 soll die Entsprechenserklärung jährlich in der Wintersitzung des Aufsichtsrates abgegeben werden, so dass diese Empfehlung zukünftig beachtet wird.

Die weiteren von der KBB nicht nachgekommenen Empfehlungen und Anregungen des PCGK begründen sich damit, dass Handlungsempfehlungen für Tatbestände gegeben werden, die in dieser Form so in der KBB nicht vorliegen und damit nicht angewendet werden können.

Das betrifft insbesondere die Empfehlungen und Anregungen zur Vertraulichkeit (Ziffer 3.2), zum Umgang mit einer möglichen D&O-Versicherung (Ziffer 3.3.2), zur Zusammensetzung der Geschäftsleitung (Ziffer 4.2.2), zu variablen Vergütungsbestandteilen (Ziffer 4.3.2) und Vergütungssystemen (Ziffer 4.3.3), zu einer eventuellen Ausschussarbeit des Aufsichtsrates (Ziffer 5.1.7), zur Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder (Ziffer 6.2.2), zur Rechnungslegung (Ziffer 7.1.3 / 7.1.4) und zur Abschlussprüfung (Ziffer 7.2.3 Satz 3).